

Herr Knülle stellte für die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag vor.

Für die CDU-Fraktion sprach sich Herr Schell vor dem Hintergrund der kritischen Haushaltslage gegen den Antrag aus. Der Rahmenerlass für Kommunen im Nothaushalt sei seitens der Landesregierung gestrichen worden. Dies habe gravierende Auswirkungen, wenn die Stadt Sankt Augustin in der Zukunft wieder in einen Nothaushalt kommen würde. Wenn sich das Zinsniveau für Kredite nur um 1 % erhöhe führe dies zu jährlichen Mehrbelastungen von ca. 700.000 €. Die Gesamtschule und die Fachverwaltung seien sich einig, dass die vorgesehenen Maßnahmen für den Schulbetrieb ausreichen. Über weitere Wünsche der Gesamtschule und auch der übrigen Schulen könne nachgedacht werden, wenn hierfür Finanzmittel zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Inklusion seien in den nächsten Jahren ohnehin noch erhebliche Ausgaben zu befürchten.

Herr Knülle hielt entgegen, die im Antrag aufgeführten Maßnahmen stünden unter einem Finanzierungsvorbehalt. Im Haushalt eingestellte Investitionsmaßnahmen könnten teilweise nicht umgesetzt werden, so dass diese Mittel hierfür eingesetzt werden können. Eine Verschlechterung der Haushaltslage solle nicht herbeigeführt werden. Die Gesamtschule stehe noch am Anfang und müsse unterstützt werden. Die Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt sei unwirtschaftlich.

Herr Metz erläuterte, dass mit den bereits vorgesehenen Maßnahmen der im Haushalt dargestellte Rahmen überschritten werde. Sanierungen, wie sie am Rhein-Sieg-Gymnasium durchgeführt werden, dürften nicht zu Lasten der anderen Schulen gehen. Durch eine verbesserte Haushaltslage könnten im Wege eines Nachtragshaushalts und nicht verausgabter Investitionsmittel die im Antrag genannten Punkte umgesetzt werden. Die Verwaltung benötige jetzt Gewissheit für die weitere Planung an der Gesamtschule. Es sei wirtschaftlicher solche Maßnahmen bereits zu Beginn einzuplanen, als diese erst zu einem späteren Zeitpunkt einzuschieben.

Herr Köhler schilderte seinen Eindruck, die Gesamtschule könne nur Erfolg haben, wenn die schultypischen Konzepte umgesetzt werden. Dazu verwies er auf die vorliegenden Kataloge und Konzepte, die ein Maximum darstellen. Dies könne wegen der Haushaltslage nicht gestemmt werden. Ein unter dem vorgegebenen Finanzrahmen mögliches Optimum müsse jedoch erzielt werden. Was jetzt nicht auf den Weg gebracht werde, werde auch künftig an der Gesamtschule nicht realisiert. Seine Fraktion AUFBRUCH! trete dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei.

Frau Bergmann-Gries vertrat die Auffassung, die Landesregierung setze sich für die finanziellen Belange der Kommunen ein. Die Bundesregierung habe nichts für die Verbesserung der kommunalen Finanzlage getan. Im Übrigen schloss sie sich den Ausführungen von Herrn Köhler an. Eine Konkurrenzposition der Gesamtschule zu den anderen Schulen solle nicht hochgespielt werden.

Auf ihre Nachfrage teilte Herr Lübken mit, die Aktion Mensch fördere keine Investitionsvorhaben öffentlicher Träger. Die Verwaltung sei weiter auf der Suche nach möglichen Geldgebern. Die Erfolgsaussichten schätzte er als gering ein.

Herr Piéla rief die in Sankt Augustin durchgeführte Bildungskonferenz des Rhein-Sieg-Kreises in Erinnerung. Zum Thema Inklusion seien hier die Rahmenbedingungen, insbesondere die räumlichen Ressourcen, genannt worden. Dies könne nicht zum Nulltarif umgesetzt werden. Daher müsse in diesem Bereich investiert werden. Dies gelte langfristig auch für die übrigen Schulen.

Herr Schmitz-Porten hob hervor, dass die in dem Antrag genannten Maßnahmen unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Es handele sich vielmehr um ein politisches Signal.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau Jung, es läge noch keine Aussage des Kämmers zu einer möglichen Finanzierbarkeit vor. Sie äußerte ihr Unverständnis, einen solchen Antrag wenige Stunden vor der Sitzung zu formulieren. Alle Schulen müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Herr Grzeszkowiak kritisierte, die Verwaltung mit der Unterbreitung von Einsparungsvorschlägen zu beauftragen. Bereits bei der Aufstellung des Haushalts 2012/2013 sei dies bis zur Schmerzgrenze erfolgt. Hierzu müsse seitens der Antrag stellenden Fraktionen ein Vorschlag erfolgen. Er halte es für ein nicht vertretbares Risiko, den investiven Haushaltsbereich so weit auszureizen.

Das Rhein-Sieg-Gymnasium habe über Jahre die eigenen Investitionsforderungen zu Gunsten anderer Schulen zurück gestellt. Arbeitsfähigkeit, Differenzierung und Inklusion seien nach Aussage der Leitung der Gesamtschule mit den vorgesehenen Maßnahmen möglich.

Herr Waldästl führte aus, nach Aussage der Verwaltung sei auf Grund der neuen Eckdaten des Gemeindefinanzierungsgesetzes im Jahr 2013 eine Verbesserung der Haushaltslage in Höhe von 1,6 Mio. € zu erwarten. Dem stehe eine Personalausgabenerhöhung von 808.500 € gegenüber. Zudem sei nach Aussage Verwaltung von einer Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen auszugehen. Die Mehreinnahmen könnten für die beantragten Maßnahmen verwendet werden.

Herr Schell erläuterte, es sei zwischen investiven und konsumtiven Maßnahmen zu unterscheiden. Die von Herrn Waldästl geschilderte Verbesserung bezöge sich auf den konsumtiven Bereich und könnten nicht herangezogen werden, da die beantragten Maßnahmen investiv seien.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 21

Neinstimmen 25 – damit ist der Antrag abgelehnt

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! haben mit „ja“ gestimmt.

Herr Knülle gab eine Erklärung zu seinem und dem Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion ab:

„Die SPD-Fraktion und er persönlich haben für diesen Antrag gestimmt. In keiner

Weise solle hiermit ein Schaden für die Stadt herbeigeführt werden. Dies weise er für sich, seine Fraktion und alle, die diesen Antrag mit unterstützt haben, zurück.“